

JAHRESBERICHT 2017

DACHVERBAND DER DEUTSCHEN NATUR-, TIER-UND UMWELTSCHUTZORGANISATIONEN e.V. **GRÜNDUNG**

MITGLIEDER

REICHWEITE

1950

00

11 Millionen Menschen

GEMEINSAMES ZIEL

Natur- und Lebensräume schützen, Schönheit der Landschaft und Ressourcen unseres Planeten bewahren.



Schwerpunkt 01

UNSER NATURVERSTÄNDNIS

Für den DNR ist Natur sowohl physische Lebensgrundlage als auch entscheidend für ein sinnerfülltes Leben des Menschen. Erst die unmittelbare Erlebbarkeit von Natur und Landschaften bietet einen emotionalen Zugang zu ihr. Neben der Erhaltung der biologischen Vielfalt muss daher der Schutz der Landschaften wieder ins Zentrum des Naturschutzes gerückt werden.



Schwerpunkt 02

NACHHALTIGKEIT

Damit die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten werden können und die heutige Gesellschaft nicht auf Kosten zukünftiger Generationen lebt, sind Entscheidungen auf allen politischen Ebenen auf der Grundlage von Nachhaltigkeitsanforderungen, die sich an den Zielen der Biodiversitätserhaltung orientieren, zu treffen. Hierfür müssen für die jeweiligen Bereiche anspruchsvolle Standards als Orientierung für verantwortungsbewusstes Handeln entwickelt werden. Der DNR gestaltet mit seinen Mitgliedsorganisationen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren diesen Prozess mit.



Schwerpunkt 03

GESELLSCHAFTLICHER UMBAU

Das heutige Finanz- und Wirtschaftssystem stößt an seine Grenzen. Notwendig ist die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft hin zu einer nachhaltigen Entwicklung, verbunden mit weniger Konsum in den Industriegesellschaften, einer entsprechenden Regulierung der Finanzmärkte sowie einer ökologischen Finanzreform. Darüber hinaus setzt sich der DNR für die Einführung eines nationalen Wohlfahrtsindexes als bewertender Maßstab für gesellschaftliche und politische Entscheidungen zur Ergänzung des Bruttoinlandsprodukts ein. Er strebt eine Veränderung der gesetzlichen Bestimmungen im Sinne eines an unseren Nachhaltigkeitsanforderungen orientierten Wettbewerbsrechts an.

VORWORT

2017 war ein Jahr des Umbruchs. Die Ergebnisse der Bundestagswahl veränderten das gewohnte parlamentarische Kräfteverhältnis und forderten von uns unermüdlichen Einsatz für unsere Ziele im Umwelt-, Natur-, und Tierschutz. Die gewachsenen Anforderungen sorgten auch für personelle Veränderungen in der Geschäftsstelle des DNR.

Dank der aufgestockten institutionellen Förderung konnten Stellen geschaffen werden, die dringend zur Koordination notwendig waren: Im Bereich Politik und Gesellschaft, im Naturschutzbereich sowie in der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit wurde der DNR gestärkt. Fünf Organisationen traten dem DNR bei, sodass wir nun 89 Organisationen miteinander vertreten. Wir freuen uns zudem, dass Dr. Elke Baranek, Geschäftsführerin von EUROPARC Deutschland, das Präsidium mit ihrer Kompetenz bereichert.

Umbrüche bedeuten Veränderungen. Für den DNR waren es Aufbrüche und der Beginn eines Erneuerungsprozesses interner Strukturen als Reaktion auf die steigende Bedeutung umweltpolitischer Fragen. Die Schaffung der Koordinierungsstellen zeigt deutlich, dass der DNR als Dachverband Verantwortung übernimmt, die Themen und Anliegen seiner Mitglieder zu moderieren und in den politischen Prozess der Hauptstadt einzubringen.

An dieser Stelle möchte ich mich ausdrücklich für das Vertrauen unserer Mitgliedsverbände in die Arbeit des DNR als Koordinator und Vermittler bedanken. Die offene und konstruktive Zusammenarbeit bei der Findung gemeinsamer Positionen zeugt trotz der Vielfalt an Standpunkten von der starken Präsenz der Umweltbewegung. Ich freue mich sehr, die zukünftigen Herausforderungen gemeinsam mit Ihnen und Euch anzupacken.

Dass der Austausch und die Zusammenarbeit der Verbände erfolgreich gelingen, ist insbesondere dem Einsatz unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter Leitung von Generalsekretär Florian Schöne und Geschäftsführerin Helga Inden-Heinrich zu verdanken. Gemeinsam ermöglicht das Team des DNR, wichtige Anliegen der Umwelt-, Natur- und Tierschutzverbände in den politischen Prozess einzubringen. Ihnen zur Seite steht die Expertise unseres Präsidiums, für dessen ehrenamtlichen und unermüdlichen Einsatz ich mich ebenfalls herzlich bedanken möchte.

Der vorliegende Jahresbericht 2017 informiert über diese Entwicklungen und vielfältigen Aufgaben des Deutschen Naturschutzrings.

Ich wünsche Ihnen und Euch viel Vergnügen beim Lesen!

Kai Niebert, Präsident des Deutschen Naturschutzrings (DNR)

Vai Viect

2017 IM ÜBERBLICK: GESELLSCHAFT, POLITIK UND HÖHEPUNKTE DER VERBANDSARBEIT

DER DNR ALS PARTNER VON ZIVIL-GESELLSCHAFT UND POLITIK

Unsere zentrale Aufgabe beim DNR als Dachverband der Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen ist es, den grundlegenden Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft zu einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Gesellschaft zu begleiten. Zu diesem Zweck bemühen wir uns, strategisch wichtige Themen anzustoßen sowie die Mitgliedsorganisationen zu koordinieren und in die umweltpolitisch relevanten Prozesse auf deutscher und europäischer Ebene einzubinden. Verstärkt setzen wir dabei auch auf die Kooperation mit anderen gesellschaftlichen Gruppen und Netzwerken. Inhaltliche Grundlage hierfür sind die von der DNR-Mitgliederversammlung im Leitbild und Leitantrag beschlossenen Schwerpunkte. Diese orientieren sich an den planetaren Belastungsgrenzen und konzentrieren die Arbeit des DNR auf

- einen Klimaschutz, der den Klimawandel deutlich unterv zwei Grad bremst ohne dabei andere planetare Belastungsgrenzen, wie z. B. den Natur- und Artenschutz zu gefährden,
- → eine konsequente Umsetzung der Naturschutz-Offensive 2020 und eine Erreichung der selbstgesteckten Ziele der Bundesregierung zum Schutz der biologischen Vielfalt,
- → eine Agrarpolitik, die dem Leitbild einer bäuerlich-ökologischen Landwirtschaft folgt und landschaftliche Vielfalt sowie Böden erhält,
- → eine Ordnungs- und Finanzpolitik, die eine nachhaltige Zukunft unterstützt, anstatt umweltschädigende Subventionen zu fördern,
- den Einsatz für ein Europa, das eine Vorreiterrolle im Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutz sowie bei der nachhaltigen Nutzung endlicher Ressourcen übernimmt und seine Verantwortung in einer globalisierten Welt wahrnimmt.



BUNDESTAGSWAHL 2017

Als Umweltdachverband haben wir uns im Jahr 2017 intensiv in die Diskussionen um die umweltpolitischen Positionen der Parteien zur Bundestagswahl eingebracht und die Koalitionsverhandlungen begleitet. Denn der Regierung kommt in den nächsten Jahren die entscheidende Aufgabe zu, die ökologische Modernisierung des Wirtschaftsstandorts Deutschland voranzutreiben. Will Deutschland seine Stellung als führende Wirtschaftsnation behalten, muss es im globalen Wettbewerb auf Innovationen setzen – und gleichzeitig den Menschen die Zukunftsängste nehmen, die sie in die Arme von Populisten treibt. Vor diesem Hintergrund haben wir uns gemeinsam mit zahlreichen Mitgliedsorganisationen für grundlegende Weichenstellungen eingesetzt, um den unvermeidlichen Umbau von Schlüsselsektoren wie Verkehr, Energie und Landwirtschaft zu bewältigen und zugleich die internationalen Vereinbarungen der Klimakonferenz von Paris, des G7-Gipfels in Elmau sowie der Agenda 2030 von New York umzusetzen. Für eine zukunftsfähige und erfolgreiche Regierungspolitik in der neuen Legislaturperiode standen daher folgende Botschaften im Mittelpunkt unserer Forderungen:

- → Ein zügiger, sozialverträglicher Ausstieg aus der Kohleverstromung. Um das deutsche Klimaschutzziel von 40% Treibhausgasreduktion bis 2020 noch zu erreichen, muss die Stromerzeugung aus Kohlekraftwerken im Rahmen eines Klimaschutz-Sofortprogramms bereits kurzfristig halbiert werden. Flankierend dazu sind ein beschleunigter, naturverträglicher Ausbau der erneuerbaren Energien sowie eine konsequente Nutzung aller Potenziale für Energieeffizienz und -einsparung entscheidend.
- Die Entwicklung einer nachhaltigen Mobilitätsstrategie mit dem Ziel einer emissionsfreien Mobilität im Einklang mit dem klimapolitischen Sektorziel für 2030. Hierzu gehört ein klarer Fahrplan, der den zügigen Umstieg vom Verbrennungsmotor auf zukunftsfähige, emissionsfreie Antriebstechniken für die Automobilindustrie planbar macht und den Anteil von Elektroautos signifikant erhöht. Zudem sind Maßnahmen zur Verkehrsvermeidung und -verlagerung auf umweltverträglichere Verkehrsträger, der deutliche Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs sowie der Abbau von umweltschädlichen Subventionen wie dem Dienstwagenprivileg oder der Begünstigung von Diesel erforderlich.
- → Eine Neuausrichtung der Agrarpolitik durch die Schaffung von ordnungs- und f\u00f6rderrechtlichen Rahmenbedingungen f\u00fcr eine tiergerechte, standortangepasste und naturvertr\u00e4gliche Produktion. Die knapper werdenden EU-Mittel m\u00fcssen gezielt und ergebnisorientiert in den Umbau des Ern\u00e4hrungs- und Agrarsystems investiert werden. Dazu geh\u00f6ren einkommenswirksame Anreize f\u00fcr freiwillige Naturschutzleistungen \u00fcber einen EU-Naturschutzfonds, der Umbau der Nutztierhaltung und ein Verbot umwelt- und gesundheitssch\u00e4dlicher Pestizide wie Glyphosat.
- → Ein Abbau umweltschädlicher Subventionen durch Neuausrichtung des Steuer- und Abgabensystems. Im Vordergrund stehen dabei die Schaffung eines wirksamen CO₂-Preissignals durch Besteuerung aller Energieträger nach Energie- und CO₂-Intensität sowie der Abbau sämtlicher Subventionen für fossile Energieträger.

Mit dem Ergebnis der Bundestagswahl 2017 manifestierte sich eine Entwicklung, die sich bereits angekündigt hat: Die großen Parteien mussten eine herbe Schlappe einstecken, während mit der AfD zum ersten Mal eine Partei in den Bundestag einzieht, die offen demokratiefeindliche, rechtsextreme Botschaften verbreitet und Herausforderungen wie den Klimawandel leugnet. Die AfD lehnt die Erkenntnis von 97 Prozent aller Klimaforscher*innen und knapp 100 Prozent aller wissenschaftlichen Publikationen ab, die den Klimawandel als menschengemacht identifizieren.

Dies bedeutet für uns nicht zuletzt eine verstärkte Verantwortung für zivilgesellschaftliches Engagement und breite Bündnisse, auch um den gesellschaftlichen Zusammenhalt nicht zu gefährden.

"Wir werden dafür streiten, dass Deutschland seine Verpflichtungen bei der Bekämpfung des Klimawandels und der Erhaltung der biologischen Vielfalt einhält."

- Kai Niebert

Gemeinsam mit unseren Mitgliedsverbänden BUND, NABU und WWF Deutschland zogen wir mit Greenpeace während einer Bundespressekonferenz im September eine Bilanz der Umweltpolitik in der zurückliegenden Legislaturperiode und stellten zentrale Forderungen an die künftige Bundesregierung. Grundlage für das Regierungshandeln müssen die Vereinbarungen der Klimakonferenz von Paris und der Agenda 2030 sein. Dazu forderten wir, die Haushaltsmittel für Klimaschutz auf jährlich mindestens acht Milliarden Euro bis 2020 zu erhöhen. Die Industriestaaten - einschließlich Deutschland - hatten zugesagt, die Klimafinanzierung jedes Jahr auf 100 Milliarden US-Dollar anzuheben. Zusätzlich müssten ärmere Länder finanziell unterstützt werden, um sich von den fossilen Energien unabhängig zu machen und die Schäden zu bewältigen, die durch den Klimawandel entstehen.



Gemeinsame Bundespressekonferenz zur Bilanz der Umweltpolitik in der zurückliegenden Legislaturperiode

INTERNATIONALE KLIMAPOLITIK

Bei der Klimakonferenz COP 23 in Bonn wurden zwar die erwarteten kleinen Fortschritte bei den technischen Details umgesetzt, aber es fehlte eine politische Führung, um Gegensätze zu überbrücken und Kompromisse in Richtung COP 24 zu entwickeln. Während die Bundesregierung auf internationaler Ebene Versprechungen machte, stammen noch immer 40 Prozent des deutschen Stroms aus Kohle. Eine Investitionsoffensive in Klimaschutz und erneuerbare Energien ist notwendig. Dass sich das nicht nur positiv für das Klima, sondern auch für die Volkswirtschaft auswirkt, zeigte die in unserem Auftrag vom FÖS erarbeitete Kurzstudie "Investitionsmotor Klimaschutz" zum Investitionsbedarf für die notwendige Dekarbonisierung. Die Ergebnisse belegen, dass frühzeitig gemachte Investitionen selbst im ungünstigsten Fall gesamtwirtschaftlich gut verkraftbar sind. Langfristig werden jährlich rund ein Prozent der heutigen Wirtschaftsleistung für die Dekarbonisierung benötigt. Das entspricht lediglich gut der Hälfte des Volumens umweltschädlicher Subventionen.



COP23 Eröffnung

UMWELTSCHÄDLICHE SUBVENTIONEN

"Jahr für Jahr subventioniert die Bundesregierung umweltschädliches Verhalten in Deutschland mit 57 Milliarden Euro. Wenn wir wollen, dass zukunftsfähige Lebensstile nicht länger ein Anschwimmen gegen den Strom sind, sondern zum Massensport werden, müssen wir hier umlenken."

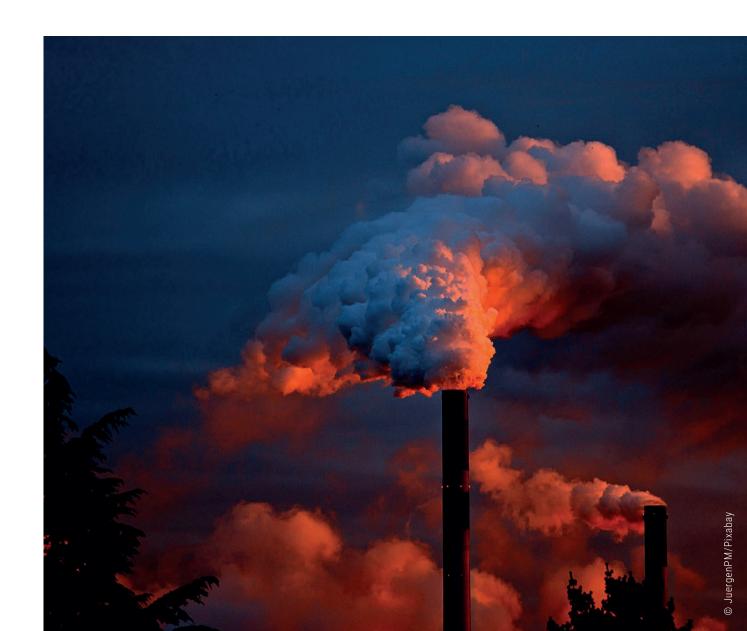
Kai Niebert

2017 wurden wir Teil der "Initiative nachhaltige Finanzreform", die für einen Mindestpreis auf CO₂ und für eine nachhaltige Steuerpolitik wirbt. Das Bündnis richtet sich an politische Entscheidungsträger*innen und möchte gemeinsam den Dialog über ein Umsteuern in der Finanz- und Steuerpolitik voranbringen.

In sechs Thesen für eine nachhaltige Finanzreform betonen wir, dass durch die bestehende Steuerund Subventionspolitik ökonomische Fehlanreize für Unternehmen wie auch Verbraucher*innen gesetzt werden. Erforderlich sind daher insbesondere ein wirksames Preissignal für CO₂ sowie eine Reform der Strom- und Energiebesteuerung in Abhängigkeit von CO₂-Intensität und Energiegehalt.

VERKEHR

Angetrieben durch den Dieselskandal war das Jahr 2017 geprägt von wachsendem Druck auf die Automobilindustrie, saubere und emissionsarme Fahrzeuge zu produzieren. Die Diskussionen rund um die Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in Innenstädten sowie die internationalen Entwicklungen im Bereich Elektromobilität und Digitalisierung belegen, dass sich die deutsche Branche auf grundlegende Veränderungen einstellen muss, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Unsere Aufgabe wird es weiterhin sein, den Druck auf ein Klimaschutzgesetz mit rechtsverbindlichen Sektorzielen zu erhöhen, um mit Blick auf das 2030-Ziel konkrete Reduktionsverpflichtungen zu erreichen.



KOHLEAUSSTIEG

Um eine internationale Vorreiterrolle im Klimaschutz zu übernehmen, muss die versprochene Dekarbonisierung von Wirtschaft und Gesellschaft unverzüglich umgesetzt werden. Bei der Kohle geht es dabei trotz massiver Widerstände mittlerweile nicht mehr um das "Ob" eines Ausstiegs, sondern nur noch um das "Wie". Konkrete Schritte und Maßnahmen bleiben aber weiterhin Mangelware. Über 50 Verbände haben daher mit einem Klimaschutz-Sofortprogramm direkt nach der Bundestagswahl einen Maßnahmenkatalog vorgelegt, wie die Klimaschutzziele für 2020 noch zu erreichen sind.

DIALOG MIT SPITZENPOLITIKER*INNEN IM WAHLKAMPF

Mit der Klima-Allianz und dem entwicklungspolitischen Dachverband VENRO eröffneten wir den Dialog zum Thema "Nachhaltigkeitsziele und Klimaschutz: Welchen Fahrplan haben die Parteien?" mit Spitzenpolitiker*innen der Bundestagsparteien. Wir haben uns vehement dafür eingesetzt, dass die Agenda 2030 und das Pariser Klimaabkommen einen zentralen Stellenwert einnehmen – sowohl in den Wahlprogrammen der Parteien als auch im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung.



UMSETZUNG DER NATIONALEN STRATEGIE ZUR BIOLOGISCHEN VIELFALT

Von uns koordiniert haben sich die Naturschutzorganisationen BUND, DUH, NABU und WWF zehn Jahre nach Verabschiedung der Nationalen Strategie zur Biologischen Vielfalt (NBS) in einem Förderprojekt zusammengetan, um Bilanz zu ziehen und den Blick nach vorne zu richten. Die Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung ist zwar durchaus eine wichtige Grundlage für die Erhaltung der biologischen Vielfalt und rückt die langjährigen Forderungen der deutschen Naturschutzorganisationen nach einem konkreten Maßnahmen- und Zielkonzept in greifbare Nähe. Dennoch kommen die Verbände in einer gemeinsamen Analyse zu dem Schluss, dass sich der Zustand der biologischen Vielfalt im letzten Jahrzehnt nicht etwa verbessert, sondern sogar verschlechtert hat. Der Artenverlust und Schwund an natürlichen Lebensräumen hält laut dem Papier ungebremst an. Die selbstgesteckten Ziele der Bundesregierung zum Schutz der biologischen Vielfalt in Deutschland können nach einhelliger Einschätzung der Verbände bis 2020 nur noch erreicht werden, wenn massiv umgesteuert wird. Für ausgewählte Themenfelder wurden daher umsetzungsorientierte Konzepte zur Erreichung der NBS-Ziele entwickelt. Schwerpunkte sind die Themen Äcker und Wiesen, Küsten und Meere, Flüsse und Auen, Schutzgebiete, Natura 2000, Biotopverbund und Grün in der Stadt.

Nur wenn die gesamte Bundesregierung und die Länder sowie weitere gesellschaftliche Akteure ihre Bemühungen rasch und deutlich verstärken, können Lebensqualität, natürliche Ressourcen und Artenvielfalt gesichert werden. Dies bleibt für uns eine zentrale Herausforderung, der künftig noch mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden soll. Wir möchten unsere Mitgliedsorganisationen noch besser vernetzen, Beratung zu Handlungsinitiativen anbieten und dabei Politik, Verbraucher*innen wie auch weitere Akteure mitnehmen - in Brüssel und Berlin genauso wie vor Ort.

NATIONALES NATURERBE UND WILDNIS

Die Arbeit der DNR-Strategiegruppe Naturschutzflächen wurde erfolgreich fortgesetzt. Im Vordergrund stand dabei der Einsatz für einen Wildnisfonds, um die Vorgaben der Nationalen Biodiversitätsstrategie zur Etablierung von Wildnisgebieten auf zwei Prozent der deutschen Landesfläche zu erreichen. Ferner wurden konkrete Vorschläge für eine vierte Tranche des Nationalen Naturerbes über rund 30.000 ha wertvolle Naturschutzflächen im Eigentum des Bundes erarbeitet. Beide Forderungen haben mittlerweile Eingang in den Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung gefunden.

DEUTSCHLAND UND POLEN: VERBÄNDE-ALLIANZ GEGEN DEN ODERAUSBAU

Mit Unterstützung durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) wurde 2017 eine deutsch-polnische Verbände-Allianz gegen den geplanten Ausbau der Oder ins Leben gerufen. Die Oder und

ihre Auen als Lebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen zu erhalten und zu entwickeln, bildet das übergeordnete Ziel dieser Koalition. Damit konnte erstmals ein Sprachrohr kritischer Organisationen auf beiden Seiten der auf deutsch-polnischer Grenze verlaufenden Oder geschaffen werden, das sich in Politik und Verwaltung für eine naturverträgliche Entwicklung des Flusses einsetzt. Im Vordergrund stand dabei die Erstellung eines ökologischen Hochwasserschutzkonzepts für das Untere Odertal als wichtiger Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung der Oderregion.

AGRARPOLITIK

Die Intensivierung und Industrialisierung der Landwirtschaft und der Tierhaltung haben zu massiven Umweltschäden und einem dramatischen Verlust der Artenvielfalt geführt. Eine grundlegende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2020 ist daher ein Schlüsselbereich für Biodiversitätssicherung, Nachhaltigkeit, Qualität von Lebensmitteln und Umweltentlastung. Ende des Jahres 2017 eröffnete die Kommission die Diskussion zur GAP-Reform. An der Konsultation dazu in Brüssel waren wir mit unseren Mitgliedsorganisationen intensiv beteiligt. Selbst seitens der Agrarlobby gab es ein paar selbstkritische Aussagen, die zeigen, dass es ein "Weiter so" in der Agrarpolitik nicht geben kann. Unser Anliegen ist es, die Reformdebatte für eine grundlegende Neuausrichtung der landwirtschaftlichen Förderpolitik nach dem Prinzip "Geld gegen Leistung" mit möglichst vielen Verbündeten voranzutreiben. Im Dialog mit den Bio-Anbauverbänden im DNR wurden auch Möglichkeiten zur Stärkung der Naturschutzleistungen im ökologischen Landbau beraten.

KAMPAGNE "STOPPT DIE GÜLLE-VERSCHMUTZUNG – SCHÜTZT UNSER WASSER!"

Ein in seiner Breite einmaliger Zusammenschluss von Wasserverbänden, Umweltorganisationen, Unternehmen und einer Gewerkschaft, der gemeinsam über zwölf Millionen Menschen erreicht, hat eine Kampagne mit Petition zur Verschärfung des deutschen Düngerechts angestoßen. Für die Wasserversorger wird es in vielen Regionen Deutschlands immer aufwendiger und kostenintensiver, die gesetzlichen Vorgaben der Trinkwasserverordnung einzuhalten. Damit droht in einigen Regionen ein Anstieg des Trinkwasserpreises um über 60 Prozent. Hinzu kommen die bestehenden Subventionen für die größtenteils industriell geprägte Landwirtschaft. Wir haben uns mit der Initiative insbesondere für einen sofortigen Düngestopp in besonders belasteten Gebieten, eine Eindämmung von Gülletourismus sowie eine echte Hoftorbilanzierung für alle Betriebe eingesetzt. Das anhaltende EU-Vertragsverletzungsverfahren zur Nitrat-Richtlinie gegen Deutschland bietet die Gelegenheit, den Druck für eine Novelle des Düngerechts im Sinne einer echten Flächenbindung der Tierhaltung aufrechtzuerhalten.

ALLIANZEN

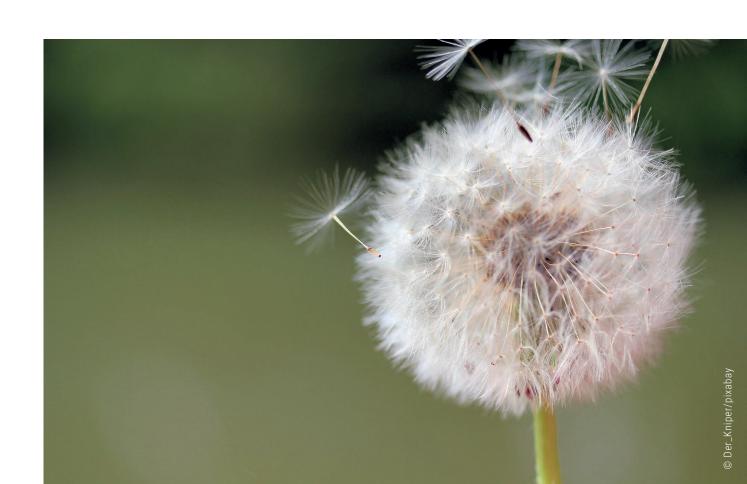
"Gemeinsam für gelebte Demokratie" - Erster Kongress der Allianz für Weltoffenheit

Unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier fand im Mai der Kongress "Gemeinsam für gelebte Demokratie" der Allianz für Weltoffenheit statt. Gemeinsam setzten die Bündnispartner ein Zeichen für Zusammenhalt und gegen Intoleranz.

Der Kongress würdigte das Engagement vieler Tausender, die sich tagtäglich für eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaft einsetzen. Seit Jahrzehnten leben in Deutschland Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion zusammen. Die Allianz eint die Überzeugung, dass die Würde des Menschen unter allen Umständen unantastbar ist und machte deutlich, dass der Wert unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung immer wieder aufs Neue im Alltag erfahrbar zu machen ist. Deutschland solle wieder zu einem Land werden, das Lust aufs Mitbestimmen und Mitgestalten macht.

In der "Initiative kulturelle Integration" arbeiten als Kooperationspartner Religionsvertreter*innen, Medien, Gewerkschaften, Wohlfahrts-, Kultur-, Kommunal- und Sportverbände zusammen. Ziel der Initiative ist es, als Gegensatz zur immer wieder aufkeimenden Leitkulturdiskussion eine nicht hierarchisierende Debatte darüber zu führen, was uns und unser Zusammenleben ausmacht.

Mitte Mai wurden die 15 Thesen "Zusammenhalt in Vielfalt" in Berlin vorgestellt und an Bundeskanzlerin Angela Merkel überreicht, um einen Beitrag zu gesellschaftlichem Zusammenhalt und kultureller Integration zu leisten.



MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Zur Mitgliederversammlung im November herrschte auf bundespolitischer Ebene noch Unklarheit über die Regierungsbildung nach der Wahl. Daher appellierten die Delegierten in einer gemeinsamen Erklärung, dass man – unabhängig von zukünftigen Regierungskoalitionen – alles Notwendige tun müsse, um das Pariser Klimaschutzabkommen sowie die nationalen Ziele für 2020 und 2030 in Deutschland zu erreichen und die globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs) umzusetzen. Der ehemalige Bundesumweltminister Klaus Töpfer richtete in seinem Grußwort den Blick auf die vom Menschen gemachten Probleme und Lösungen und warnte davor, im Anthropozän der Versuchung erliegen, durch Technik verursachte Probleme ständig mit neuer Technik lösen zu wollen. Mit der Wahl von Elke Baranek von EUROPARC Deutschland wurde der letzte vakante Platz im Präsidium gefüllt. Zudem wurden neu aufgenommen der Bundesverband Boden e.V., die Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH), Naturgarten e.V., WWF Deutschland und der Verkehrsclub Deutschland e.V. (VCD).















AUF EIN WORT MIT ... DNR-Präsident Kai Niebert

Das Jahr 2017 wurde durch die Bundestagswahl in ein "Davor" und ein "Danach" geteilt: Welche Bilanz würden Sie für den DNR ziehen – was konnte bis zur Wahl erreicht werden? Und wie kann der DNR seine Forderungen aus Tier-, Umwelt- und Naturschutz bei der neuen Regierung platzieren?



Schauen wir die politische Gesamtlage an, entsteht der Eindruck, dass derzeit an den Bürger*innen vorbeiregiert wird: Neben dem Klimawandel und gesunden Lebensmitteln stehen steigende Mieten und die Sorge um die Renten oben auf der Sorgenskala der Bürger*innen. Doch politisch spielten diese Themen im Wahlkampf und auch in der Tagespolitik keine Rolle.

Umso wichtiger war unsere Entscheidung der letzten Mitgliederversammlung, mit dem Bundesverband Boden e.V., der Deutschen Umwelthilfe e.V. (DUH), Naturgarten e.V., dem WWF Deutschland und dem Verkehrsclub Deutschland e.V. (VCD) gleich fünf neue Organisationen aufzunehmen. Je bedrohlicher Klimawandel und Artensterben werden und je mehr die Bundesregierung an ihnen vorbeiredet, desto wichtiger ist es, dass wir zusammenstehen.

Zusammen mit weiteren Umweltverbänden haben wir unsere gemeinsame Arbeit für die Bundestagswahl in vier Kernforderungen an die künftige Bundesregierung konzentriert. Das war insofern wichtig, als wir dadurch mit einer Stimme sprachen. Im Kern unseres Wirkens stehen eine ökologische Verkehrswende, ein sozialverträglicher Ausstieg aus der Kohleverstromung bis spätestens 2035, eine Neuausrichtung der Agrarpolitik sowie ein Umbau umweltschädlicher Subventionen zugunsten zukunftsgerichteter Investitionen. Das Wahlergebnis und die anschließenden schwierigen Koalitionsverhandlungen haben jedoch rasch deutlich gemacht, dass für uns in der neuen Legislaturperiode der Weg nicht einfacher wird.

Umso mehr müssen wir uns dafür einsetzen, dass Deutschland seine Verpflichtungen bei der Bekämpfung des Klimawandels und der Entwicklung einer zukunftsfähigen Umweltpolitik einhält. Im Hinblick auf das Wahlergebnis der AfD, die als stärkste Oppositionspartei in den Bundestag eingezogen ist, hat sich der DNR deutlich positioniert: Wir tolerieren keine demokratie- und menschenfeindlichen Äußerungen- nicht in unseren eigenen Reihen und nicht im Bundestag. Um dieser Haltung nachhaltig Wirkungsmacht zu verleihen, hat der DNR eine Vernetzung mit zentralen gesellschaftlichen Akteuren gesucht. Daraus entstand die Allianz für Weltoffenheit, die auf ihrem Demokratie-Kongress im Mai 2017 ein Zeichen für Menschenwürde setzte. Diese Vernetzung und Kooperation von Umweltverbänden mit sozialen und kulturellen Vertreter*innen ist wichtig für die Schaffung einer starken demokratischen Zivilgesellschaft. Nur so können auch wir Umweltverbände unsere Forderungen mit mehr Nachdruck in der Politik platzieren. Ökologische und soziale Bedürfnisse gehören zusammen und können nicht getrennt voneinander umgesetzt werden.

Mit Verabschiedung der Agenda 2030 im Herbst 2015 hat sich die Bundesregierung offiziell den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDGs) verschrieben und Ungleichheit, Armut und Gewalt den Kampf angesagt. Wie wurde Nachhaltigkeit 2017 umgesetzt und wie hat sich der DNR dabei engagiert?

Die neu aufgelegte Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie orientiert sich an den globalen Entwicklungszielen der Agenda 2030 und bietet – zumindest theoretisch – einen fundierten Rahmen für eine systematische Umsetzung der Ziele. Die Strategie wird aber so lange ein stumpfes Schwert bleiben, wie sie nur auf Sonntagsreden eine Rolle spielt: Solange in Deutschland industrielle Landwirtschaft, Kohlestrom, Billigflüge, immer billigeres Fleisch und dicke Diesel-SUVs zum Mainstream von Politik und Konsum gehören, wird die Nachhaltigkeitsstrategie ein Papiertiger bleiben.

Wirkliche Nachhaltigkeit braucht keine Palliativpolitik, die ein längst überholtes System mit 57 Milliarden umweltschädlichen Subventionen künstlich am Leben erhält. Der Verlust an Artenvielfalt, anhaltend hohe Stickstoff- und Phosphateinträge, unzureichende Fortschritte im Klimaschutz sowie nicht nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sind eindeutige Belege. Ein wesentlicher Grund dafür ist die Tatsache, dass die großen Herausforderungen für mehr nachhaltige Politik wie das Primat von Wirtschaftswachstum nicht angetastet werden und die Maßnahmen zur Zielerreichung oft unkonkret und unverbindlich bleiben.

Nachhaltigkeit muss in allen Politikfeldern verankert werden, unsere Produktionsweise darf nur innerhalb der planetaren Belastungsgrenzen stattfinden. Der DNR hat sich daher zusammen mit zahlreichen sozial- und entwicklungspolitischen Organisationen im Forum Nachhaltigkeit der Bundesregierung für einen grundlegenden Kurswechsel eingesetzt und mehr Kohärenz zwischen den Politikbereichen sowie eine verbesserte Partizipation eingefordert.

Natur-, Tier- und Umweltschutz sind die drei Säulen, die das Dach des DNR tragen. Wie stark sind diese Säulen in Politik und Gesellschaft und woran müsste am meisten gearbeitet werden?

Die 89 Mitgliedsorganisationen des DNR erreichen 11 Millionen Menschen - diese beeindruckende Zahl zeigt deutlich, dass Natur-, Tier- und Umweltschutz für viele Menschen von großer Bedeutung und durch ihr Engagement fest in der Gesellschaft verankert sind. Viele von ihnen sind seit Jahren ehrenamtlich für den Schutz der Umwelt tätig und tragen dazu bei, dass unsere natürlichen Lebensgrundlagen nicht unter die Räder kommen. Ohne diesen Einsatz engagierter Menschen wären viele Projekte und politische Initiativen wie beispielsweise der Schutz von Arten wie Seeadler, Wolf und Luchs, die Erhaltung der EU-Naturschutzrichtlinien oder die Energiewende mit dem Atomausstieg nicht erreicht worden.

Die konsequente Verankerung unserer umweltpolitischen Forderungen in der Politik stehen dagegen zurück, die Zivilgesellschaft ist da bereits weiter. Aus ihr heraus stammt der größte Impuls einer sozialökologischen Transformation, während politisch Verantwortliche noch an einem endlichen Wachstumsmodell festhalten. Die zentrale Herausforderung für den DNR wird es daher sein, einen grundlegenden Wandel unserer bisherigen Wirtschaftsweise in allen Bereichen zu befördern. Die Pariser Klimaziele und die Biodiversitätskonvention geben uns dabei einen ambitionierten Pfad vor, der in den kommenden Jahren mit konkreten Maßnahmen ausgestaltet werden muss.



IM FOKUS:

ENTSCHEIDUNGEN AUS DER EURO-PÄISCHEN UNION



"Die Europäische Union muss ihr künftiges Budget nutzen, um zielbewusst und zukunftsorientiert die Weichen für nachhaltige Entwicklung, wirksamen Klimaschutz und erfolgreichen Naturschutz zu stellen."

- Bjela Vossen



DAS VORHABEN IM INTERNET:

www.dnr.de/eu-koordination



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Bjela Vossen

Antje Mensen

Ann Wehmeyer

Juliane Grüning

Lavinia Roveran

Die EU-Koordination bildet die Schnittstelle zwischen Berlin und Brüssel. Mit Veranstaltungen, Veröffentlichungen und unserem EU-Umweltnewsletter versuchen wir, aktuelle umweltrelevante Themen aus dem europäischen Parlament nach Berlin zu holen und arbeiten dabei eng mit Brüsseler und nationalen Verbänden zusammen. 2017 richteten wir den Blick in die Zukunft: Die Themen EU-Klima- und Energiepolitik nach 2020, Gemeinsame Agrarpolitik nach 2020, der Mehrjährige Finanzrahmen nach 2020, die nachhaltigen Entwicklungsziele bis 2030 und das Kreislaufwirtschaftspaket haben uns intensiv beschäftigt. Aber auch die Zukunft der EU im Ganzen sowie die besorgniserregende Deregulierungsagenda der EU-Kommission standen im Fokus unserer Arbeit.

ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION

Das Brexit-Votum Ende Juni 2016 löste eine Debatte über die Zukunft der Europäischen Union aus, über deren Zweck und ihre Werte, zu denen Offenheit, keine Ausgrenzung, Toleranz, Respekt und die Verpflichtung zur Nachhaltigkeit zählen. In Hinblick darauf haben wir mit dem Bündnis für Gemeinnützigkeit anlässlich des 60. Geburtstags der Römischen Verträge eine Europaerklärung veröffentlicht, in der wir unsere Vorstellungen für ein zukunftsfähiges und nachhaltiges Europa darlegen.

KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK IN DER EU

Auf der Pariser Klimakonferenz im Jahr 2015 hat sich die globale Staatengemeinschaft zum Ziel gesetzt, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Der europäische Emissionshandel und die nationalen Klimaziele für Sektoren außerhalb des Emissionshandels (Lastenteilung) sind die zentralen Instrumente der EU, mit denen dieses Ziel erreicht werden soll. Nach intensiven Verhandlungen sind die Zwischenergebnisse Ende 2017 aus Umweltsicht enttäuschend, denn zur Zielerreichung von Paris ist eine klare Ambitionssteigerung erforderlich. Die Verhandlungen werden erst Ende 2018 beendet werden. Sie werden ausschlaggebend für die Zukunft der erneuerbaren Energien und für das Potenzial der Energieeffizienz für den Klimaschutz sein. Wir haben diese Prozesse intensiv in Zusammenarbeit mit unseren Mitgliedsverbänden begleitet.

GAP - GEMEINSAME AGRARPOLITIK DER EU

Mit dem Jahr 2017 begann in der Agrarpolitik der Blick auf die Zeit nach 2020 und die damit einhergehende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP). Die Kommission startete im März eine öffentliche Befragung über die Zukunft der GAP. Initiiert von den Brüsseler Umweltverbänden EEB, Birdlife und WWF Europe und in Deutschland koordiniert von NABU, BUND, WWF und DNR fand begleitend die LivingLand-Kampagne statt. Mit einem einfachen Online-Tool konnten sich Bürger*innen der EU problemlos an der sehr komplexen Konsultation der EU-Kommission beteiligen. Mit europaweit knapp 260.000 Teilnehmer*innen sendete LivingLand ein klares



Übergabe der knapp 260.000 Teilnahmen an der LivingLand-Kampagne an EU-Agrarkommissar Hogan

Statement an die Kommission: die Bürger*innen der EU schauen auf den GAP-Reformprozess und sie fordern eine europäische Landwirtschaft, die ökologisch, nachhaltig und zukunftsgewandt ist.

Im November 2017 legte EU-Agrarkommissar Phil Hogan die Kommissionsmitteilung über die Zukunft der EU-Agrarpolitik nach 2020 vor. Dieser Reformprozess wird uns weiter intensiv beschäftigen, da die Verhandlungen über die Gesetzentwürfe zur GAP und zum Mehrjährigen Finanzrahmen Mitte 2018 erst richtig Fahrt aufgenommen haben.

Doch auch in der aktuellen Förderperiode der GAP gab es 2017 wichtige Prozesse. Ende Februar hatte EU-Agrarkommissar Phil Hogan einen delegierten Rechtsakt vorgelegt, der ein lange überfälliges Verbot von Pestiziden auf ökologischen Vorrangflächen (ÖVF) vorsah. Mehrere EU-Abgeordnete aus dem Agrarausschuss versuchten mit allen Mitteln, diesen Vorschlag zu blockieren. Der DNR appellierte gemeinsam mit weiteren Verbänden an die Abgeordneten im EU-Parlament, für das Verbot von Pestiziden auf diesen Flächen zu stimmen. Entgegen allen Erwartungen stimmte das EU-Parlament im Sinne der Verbände, das Pestizidverbot ist damit rechtsgültig.

MEHRJÄHRIGER FINANZRAHMEN

Der Mehrjährige Finanzrahmen der EU (MFR) legt für einen Zeitraum von sieben Jahren fest, wie viel Geld der EU für welche Bereiche zur Verfügung steht. Schaut man genauer hin, können im MFR auch schon politische Details festgelegt werden, die nachgelagerte Reformen stark beeinflussen. 2018 wird der Gesetzentwurf der Kommission für die Förderperiode von 2021 bis 2027 erwartet. Unser Ziel ist es, den Verbänden dieses auf den ersten Blick unattraktive und komplexe Thema näherzubringen, denn es ist für alle Themenbereiche hoch relevant. Deshalb haben wir 2017 ein DNR-Positionspapier koordiniert und frühzeitig in den politischen Prozess eingebracht.

BRÜSSELFAHRT

Im März fand die dreitägige Brüsselfahrt der EU-Koordination statt. 24 Teilnehmer*innen aus verschiedenen Verbänden konnten wir durch unser Programm führen. Termine mit EU-Abgeordneten, mit der EU-Kommission, mit Brüsseler NGOs und mit der Landesvertretung NRW brachten spannende Diskussionen und einen guten Einblick in die Arbeitsweise der EU.



Gruppe der EU-Koordination zu Gast bei der LV NRW und der EU-Kommission in Brüssel

PUBLIKATIONEN UND INFORMATIONS-SERVICE

Wir haben eine Reihe von Onlinepublikationen veröffentlicht, die auf der DNR-Homepage zu finden sind. Dazu gehören Factsheets zur Governance-Verordnung, zum Strombinnenmarkt, zur Erneuerbaren-Energien-Richtlinie, zu Energieeffizienz, zur Lastenteilung, zur Verordnung über Emissionen aus dem Landnutzungs- und Forstwirtschaftssektor (LULUCF) sowie zum Europäischen Emissionshandel, zudem zahlreiche Steckbriefe, unter anderem zur besseren Rechtsetzung, zur Abfallvermeidung in der EU, zu den UN-Nachhaltigkeitszielen, zu Hormongiften und zum Mehrjährigen Finanzrahmen. Im wöchentlichen Rhythmus verschicken wir einen kostenlosen Newsletter zur EU-Umweltpolitik. Dieser Informationsservice bietet den Leser*innen einen aktuellen Überblick über die wichtigsten europäischen Umweltthemen und über Termine der EU-Institutionen. Der Newsletter kann auf unserer Homepage abonniert werden.

IM FOKUS:

ROHSTOFF-POLITIK 2.0



"Immer mehr und immer schneller' ist keine nachhaltige Perspektive für die Zukunft. Dafür reichen die Rohstoffe auf unserem Planeten einfach nicht aus. Wir brauchen eine gesellschaftliche Debatte über die Höhe sowie Folgen unseres Rohstoffverbrauchs. Und eine umfassend verstandene Rohstoffpolitik, die sich dieser Verantwortung bewusst ist und mit den richtigen Instrumenten gestaltend tätig wird."

- Christian Hermani, DNR



DAS VORHABEN IM INTERNET:

www.dnr.de/rohstoffpolitik-20/



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Daniel Hiss

Christian Hermani

Nachhaltiges Wirtschaften muss innerhalb der planetaren Grenzen stattfinden. Dazu gehört unter anderem ein Verbrauch natürlicher Rohstoffe, der die Regenerationsfähigkeit der Erde nicht übersteigt, sowie eine Nutzung mineralischer und metallischer Rohstoffe, welche die Entwicklungsmöglichkeiten nachfolgender Generationen erhält. In Deutschland liegt der Verbrauch der meisten Rohstoffe weit über diesem nachhaltigen Maß sowie über dem globalen Durchschnitt und ist mitverantwortlich für Umweltverschmutzung, Klimawandel und Menschenrechtsverletzungen. Eine Senkung des Verbrauchs muss deshalb Priorität deutscher Rohstoffpolitik sein. Würden wir beispielsweise allen Ländern dieser Erde eine Pkw-Dichte wie in Deutschland zugestehen, gäbe es nicht 1,3 Milliarden Autos auf dem Planeten, sondern mehr als vier Milliarden.

Im UBA-geförderten Projekt "Rohstoffpolitik 2.0 – Instrumente für umwelt- und klimagerechte Ressourcennutzung" erarbeiten wir rechtliche und ökonomische Instrumente der Ressourcenschonung und bringen diese in die öffentliche Diskussion ein. Durch die progressive Besteuerung von Rohstoffverbräuchen werden beispielsweise Anreize zu deren Senkung gesetzt. Außerdem müssen rechtliche Rahmenbedingungen angepasst werden, um etwa Recyclingquoten zu erhöhen und den



Einsatz recycelter Materialien zur Einsparung von Primärrohstoffen zu fördern. Letztlich müssen rohstoffpolitische Erwägungen in allen Bereichen berücksichtigt werden.

Mit dem Projekt nehmen wir auch den gesellschaftlichen und technologischen Megatrend Digitalisierung hinsichtlich der Auswirkungen auf Rohstoffverbräuche in den Blick und betonen die Notwendigkeit, diesen politisch nachhaltig zu gestalten. Digitale Endgeräte und Infrastrukturen benötigen erhebliche Mengen von Rohstoffen wie Kupfer, Lithium und Kobalt. Allein die weltweit produzierten Smartphones verbrauchen mehr als 10 Prozent des geförderten Palladiums, obwohl pro Gerät nur der Bruchteil eines Gramms enthalten ist. Kurze Nutzungsdauern und schlechte Recycelbarkeit verschärfen die Problematik. Diese Rohstoff- und Energieverbräuche müssen bei der Gestaltung der Digitalisierung berücksichtigt werden, vor allem, da mit der Förderung große ökologische und menschenrechtliche Probleme in anderen Teilen der Welt verknüpft sind.

Einen weiteren Schwerpunkt des Projektes bilden die Auswirkungen der heimischen Gewinnung von Massenrohstoffen wie Sand und Kies, die (zunehmend) in Konflikt mit Belangen des Naturschutzes stehen, beispielsweise wenn Erweiterungen von Abbauflächen in Schutzgebieten genehmigt werden. Abgesehen von lokalen Bürgerinitiativen findet dieses Thema bisher jedoch wenig Beachtung.

Mit dem Projekt schaffen wir ein Bewusstsein dafür, dass Rohstoffpolitik mehr leisten muss als Versorgungssicherheit und eine graduelle Erhöhung der Rohstoffeffizienz. Die Senkung des Rohstoffverbrauchs ist letztlich Voraussetzung für den lokalen und globalen Naturschutz, die Begrenzung der globalen Erwärmung sowie die Erhaltung einer lebenswerten Umwelt für nachfolgende Generationen.

IM FOKUS:

GESELLSCHAFT, POLITIK UND POSTWACHSTUM



"Das Wirtschaftswachstum der industrialisierten Länder steht in permanenter Konkurrenz zu den Zielen von Natur-, Tier- und Umweltschutzpolitik. Eine Wachstumskritik ist aber in vielen gesellschaftlichen Kreisen nicht erwünscht."

- Theresa Klostermeyer, DNR



DAS VORHABEN IM INTERNET:

www.dnr.de/sozial-oekologische-transformation

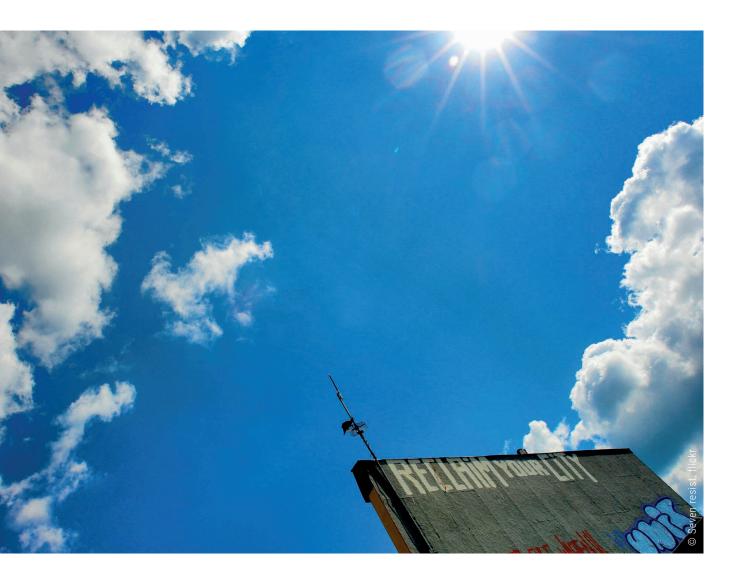


TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Tobias Pforte von Randow (ab August 2017)

Theresa Klostermeyer (Referentin für Nachhaltigkeit und sozialen Wandel)

Im September wurde die neu geschaffene Stelle des Koordinators für Gesellschaft und Politik besetzt. Eine der ersten und dringendsten Aufgaben war es, dass wir uns in einer gemeinschaftlichen Aktion mit Umwelt- und Entwicklungsverbänden sowie Landeskirchen koordinierten, um ein Klimaschutz-Sofortprogramm zur Regierungsneubildung vorzulegen. Um einen klimapolitischen Offenbarungseid zu vermeiden und damit die internationale Glaubwürdigkeit Deutschlands zu verspielen, legten wir ein Paket mit konkreten Maßnahmen vor, um das Klimaziel bis 2020 zu erreichen und 40 Prozent weniger Treibhausgase als 1990 auszustoßen. Darüber hinaus forderten wir mit den zivilgesellschaftlichen Organisationen, die klimapolitischen Weichen für die Folgejahre richtigzustellen. 2017 stand bereits fest, dass Deutschland die Zeit bis 2020 nicht verschlafen darf, da das Land sonst seine Ziele um mindestens acht Prozentpunkte verfehlt. Neben der zusätzlichen Abschaltung von 50 Prozent der Kohlekraftwerke braucht es auch einen Schnellstart in allen anderen Sektoren: den beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien, Start einer echten Effizienzund Wärmewende und die Neuausrichtung der Landwirtschafts- wie Verkehrspolitik.



POSTWACHSTUM UND WIRTSCHAFTS-WANDEL

Die Wirtschaftsweise der industrialisierten Länder hat sich ein Wirtschafts- und Wohlstandsmodell aufgebaut, das massiv Ressourcen frisst, Schadstoffe ausstößt und Unmengen an Flächen in Anspruch nimmt.

Das Grundmodell, das auf Wachstum, Beschleunigung, Ausweitung von Produktion und Konsum und auf Exportsteigerung ausgerichtet ist, steht in permanenter Konkurrenz zu den Zielen von Natur-, Tier und Umweltschutzpolitik. Eine Wachstumskritik ist aber in vielen gesellschaftlichen Kreisen nicht erwünscht.

Die Umstellung von Wirtschaft und Gesellschaft auf eine stärkere Wachstumsunabhängigkeit ist daher auch kommunikativ eine große Herausforderung. Mit unserem Projekt möchten wir dazu beitragen, diesen Zusammenhang aufzuzeigen, die Verbände in der notwendigen Debatte zu unterstützen und erfolgreicher nach außen auftreten zu können.

2017 haben wir die Broschüre "Dem Wachstum entwachsen" herausgegeben, die den Verbänden Handwerkszeug für den Einstieg in die Wachstumsdebatte gibt: Relevante inhaltliche Diskussionen, überzeugende Argumente, die wichtigsten Blogs, Newsletter und Datenbanken sind darin enthalten. Aber auch Netzwerke zum Austausch und Best Practice aus drei Verbänden, die beschreiben, wie sie den Beginn der Debatte angestoßen haben.

Auf der 2017 erarbeiteten DNR-Webseite zu sozialökologischer Transformation gibt es eine erweiterte Online-Übersicht plus vielfältige Akteure und Projekte, auch aus den Mitgliedsverbänden. Ein weiteres Highlight war für uns ein Intensivworkshop mit Mitarbeiter*innen aus Haupt- und Ehrenamt der unwelt- und sozialpolitisch engagierten Jugendverbände. Beide Seiten diskutierten Ansätze für die Herausforderung in ihren Verbänden.

2018 möchten wir die Vernetzung der Mitgliedsverbände mit bestehenden Netzwerken weiter stärken. Denn viele Debatten um Postwachstum und Wirtschaftswandel sind schon in vollem Gange.

IM FOKUS:

NEUSTART KOMMUNIKATION



"Alles, im Kleinen und Großen, beruht auf Weitersagen."

- Christian Morgenstern



DAS VORHABEN IM INTERNET:

www.dnr.de

www.movum.info

Twitter: @naturschutzring



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Helga Inden-Heinrich (umwelt aktuell – Gesamtverantwortung) Nina Slattery (ab August 2017) Marion Busch (umwelt aktuell) Juliane Grüning (umwelt aktuell) Ann Wehmeyer (EU-News) Finn Gröschel, FÖJler Mit der neu geschaffenen Presse- und Kommunikationsstelle konnten wir ab Mitte 2017 zum ersten Mal seit Gründung des DNR eine verantwortliche Person einstellen, die sich um die bestehenden Kommunikationsformate kümmert und die Kommunikation zu den Mitgliedern verstärkt. Als Dachverband nehmen wir die Rolle des Moderators und Koordinators ein, sind Ansprechpartner von Bewegungen, initiieren und schieben Themen an, sind Dienstleister gegenüber unseren Mitgliedern und Sprachrohr, über das Entscheider erreicht werden sollen. Mit unseren Themen wollen wir die Politik, zivilgesellschaftliche Bündnisse und die Medien erreichen und natürlich unsere Mitglieder.

Eine der ersten Aufgaben war es, den Überblick über die existierenden digitalen und Printformate zu erlangen, die viele thematische Schwerpunkte setzen und verschiedene Zielgruppen ansprechen. Neben der Verbandszeitschrift "umwelt aktuell", die vom DNR-Redaktionsteam monatlich entwickelt und herausgegeben wird, existiert mit "movum" ein Debattenmagazin der Umweltbewegung, für das der DNR die Trägerschaft innehat, den Vertrieb durchführt und die Infografiken entwirft. Darüber hinaus werden auf digitalem Weg die EU-News, die sogenannte "Mittwochspost" - der DNR-Verbandsnewsletter - und ein täglicher Pressespiegel verschickt, der ebenfalls in der Geschäftsstelle entwickelt wird. Es werden also eine Menge an vielfältigen Informationen produziert, die noch besser auf die jeweilige Zielgruppe zugeschnitten werden können.

Zu den seither angestoßenen Prozessen gehört ein Relaunch des DNR-Verbandsnewsletters. Zudem wurde ein externer Dienstleister beauftragt, einen modernen, digitalen und täglichen Medienspiegel zu erstellen, für den sich jeder Mitgliedsverband registrieren kann. Grünes Licht gab es außerdem für den Relaunch der Zeitschrift "umwelt aktuell", der in den kommenden 18 Monaten umgesetzt werden soll. Darüber hinaus wurde eine professionelle Datenbank angeschafft, um Journalisten gezielter mit Pressemitteilungen zu versorgen.

2018 sollen die Prozesse weiter verbessert, ausgebaut und verstetigt werden. Dazu zählt unter anderem, den Social Media Kanal Twitter sowie Formate zu entwickeln, in denen die interne Kommunikation mit den Mitgliedsverbänden verstärkt werden kann.

Wenn dieser erste Schritt gemacht ist, wird der Schwerpunkt von der formalen auf die strategische Weiterentwicklung der Kommunikationsarbeit verlagert.

ZEHN JAHRE UMWELT AKTUELL

"Aus der Flut der Informationen sticht die umwelt aktuell angenehm hervor. Kurz und präzise bringt sie große Zusammenhänge auf den Punkt und ist damit für Verbandsmenschen und Externe eine hervorragende Informationsquelle. Ohne sie würde etwas fehlen!"

- Hubert Weinzierl, DNR-Ehrenpräsident, Leser seit 2007

Die Themenbereiche der Umweltbewegung sind uferlos. Das Redaktionsteam der DNR-Monatszeitung umwelt aktuell filtert, sortiert, fasst zusammen und bereitet sie in einzelnen Rubriken lesbar auf. Außerdem setzen wir Schwerpunktthemen und liefern zweimal im Jahr eine "Spezialausgabe".

Von Abfallpolitik bis Zugverkehr – es gibt kaum ein Thema, das in der umwelt aktuell 2017 nicht behandelt wurde. Und dank unserer vielen kompetenten Gastautorinnen und Gastautoren wissen wir nach dem Lesen immer mehr als vorher. Geballte Expertise aus den Verbänden, der Politik, der Wissenschaft und Umweltbehörden belebt das Motto der Zeitung "weniger lesen – mehr wissen" auf vielfältige Weise. Wir haben zum Beispiel Berlins Umweltsenatorin Regine Günther zur Umweltpolitik in der Stadt Berlin interviewt und den EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger über das EU-Budget. Anne Balzer, deren Organisation ICAN den Friedensnobelpreis für ihre Kampagne für atomare Abrüstung bekam, erläuterte uns, wieviel Geduld für einen Atomwaffenverbotsvertrag nötig war. Der langjährige EU-Parlamentsabgeordnete Jo Leinen beschrieb für uns 60 Jahre europäische Politik, denn auch die Europäische Gemeinschaft feierte im Jahr 2017 ein rundes Jubiläum. Artgerechte Tierhaltung, Lichtverschmutzung, Tiefseebergbau, Kohlekraftwerke und die schwierige Atomendlagersuche sind nur ein paar von vielen Themen, die uns und andere Umweltaktive in diesem Jahr bewegten.

Neben den Titelthemen ist es vor allem ein großer Anteil Nachrichten, die die umwelt aktuell ausmachen. Im Verbändeteil berichten wir über die Arbeit des Deutschen Naturschutzrings, Neuigkeiten aus den Verbänden, Preise und Ausschreibungen und übergreifende Themen wie Ehrenamt, Gemeinnützigkeit oder die Allianz für Weltoffenheit.

Das Team arbeitet dabei in bewährter Weise mit dem oekom verlag zusammen. Der oekom-Geschäftsführer Jacob Radloff und DNR-Präsident Kai Niebert nannten das Konzept erfolgreich und wollen es weiterentwickeln – der Relaunch läuft.

DNR TRÄGERSCHAFT: FORUM UMWELT UND ENTWICKLUNG



"Nur tote Fische (und Plastikmüll) schwimmen mit dem Strom. Wir nicht."

- Jürgen Maier



DAS VORHABEN IM INTERNET:

www.forumue.de



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Jürgen Maier László Maráz

Anne Bundschuh Marie-Luise Abshagen
Cathrin Klenck Marijana Todorovic
Christian Schwarzer Nelly Grotefendt
Elisabeth Staudt Ramona Bruck

Josephine Koch

Das Forum Umwelt und Entwicklung (FUE) führt die deutschen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen zusammen. Es begleitet die Umsetzung nationaler und internationaler Aktivitäten im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung und koordiniert die hieran mitwirkenden Organisationen. Geführt wird das Forum vom Leitungskreis, der aus sieben vom Plenum gewählten Personen besteht. Karen Thormeyer (Grüne Liga), Ernst-Christoph Stolper (BUND), Berit Thomsen (AbL), Arndt von Massenbach (Inkonta), Thomas Tennhardt (NABU), Roman Herre (Fian), Sven Hilbig (Brot für die Welt) und Sebastian Schönauer, der das Präsidium des DNR im LK vertritt.

2017 umfasste das FUE 41 stimmberechtigte Mitglieder. Darüber hinaus sind zahlreiche weitere Organisationen im Rahmen von Arbeitsgruppen an der Themenfindung beteiligt, die das Profil des FUE bestimmen. Im Fokus der Arbeit standen 2017 die Querschnittsthemen Sustainable Development Goals (SDGs) und internationale Handelspolitik.

25 JAHRE FORUM UMWELT & ENTWICKLUNG

Es gab etwas zu feiern! 25 Jahre Forum Umwelt und Entwicklung nach unserer Gründung am 16.12.1992. Zudem wurden anlässlich der Rio-Konferenz 1992 in einem Blog Interviews mit damals Beteiligten und heute Aktiven zur Entwicklung von Nachhaltigkeit in den letzten 25 Jahren und zentrale Begleitdokumente der Zivilgesellschaft vom Rio-Gipfel zusammengestellt. Der Blog ist unter http://www.forumue.de/rio25-webfeature-zum-jubilaeum/ zu finden.

G20

Gemeinsam mit VENRO waren wir offizieller Ausrichter der Civil 20-Konferenz (C20), die parallel zum G20 in Hamburg stattfand. Mit zahlreichen NGO-Koordinationsrunden, einem internationalen Arbeitsgruppentreffen in Berlin und vielen Gesprächsterminen im Kanzleramt war die C20-Konferenz 2017 unsere größte Veranstaltung. Insgesamt 400 Personen aus dem In- und Ausland nahmen an Plenarsitzungen und Themenforen teil und übergaben die gemeinsam formulierte Kritik an der G20 Politik an Bundeskanzlerin Angela Merkel. Die nächste C20 wird in Argentinien stattfinden und wir werden weiter unterstützen.

NACHHALTIGKEITSZIELE / 2030-AGENDA

Deutschland ist noch lange nicht auf einem Weg hin zu nachhaltigen Lebensweisen. Das betrifft die Menschen hierzulande sowohl in sozialer und ökonomischer als auch ökologischer Hinsicht. Zunehmende Gewaltbereitschaft und Polarisierung stellen die Prinzipien Frieden und Partnerschaft in Frage. Mit dem Bericht "Großbaustelle Nachhaltigkeit: Deutschland und die UN-Nachhaltigkeitsagenda" haben wir gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Netzwerken erneut einen umfangreichen Schattenbericht zur SDG-Umsetzung in Deutschland vorgelegt.

Gemeinsam mit VENRO koordinieren wir das Netzwerk 2030, in dem sich Dachverbände und NGO-Netzwerke regelmäßig zu den SDGs und ihrer Umsetzung beraten. Neben regelmäßigen Treffen organisieren wir auch zivilgesellschaftliche Austauschkonferenzen zur Information und Abstimmung. Die gemeinsam von 13 Dachverbänden und Netzwerken veranstaltete Tagung "Nachhaltige Entwicklung braucht Demokratie" fand am 4. September statt.

Die internationale Vernetzung ist zentral. Insbesondere der internationale Austausch zur Umsetzung der SDGs auf nationaler Ebene und zur Zusammenarbeit zivilgesellschaftlicher Akteure vor dem Hintergrund divergenter politischer Kontexte ist sehr interessant. Aus diesem Grund sind wir als Mitglied intensiv am zivilgesellschaftlichen Netzwerk SDG Watch Europe beteiligt. Treffen des Netzwerks finden regelmäßig statt.

Im Rahmen eines EU-geförderten Projektes "Make Europe Sustainable for all" beteiligen sich 25 NGOs aus 13 Ländern an einer SDG-Öffentlichkeitskampagne. Aus Deutschland sind neben dem FUE, die Arbeiterwohlfahrt (AWO) und Women Engage for a Common Future (WECF) vertreten. Ziel ist eine niedrigschwellige Öffentlichkeitsarbeit zu den SDGs. Als ein erstes Ergebnis der Projektarbeit konzipierte das FUE gemeinsam mit dem Projektpartner AWO Postkarten, die Ungleichheiten in Deutschland thematisieren und mit dem SDG 10 in Verbindung setzen. Weitere Beispiele sind auf der der Webseite (http://www.forumue.de/projekte/make-europe-sustainable-for-all/) einzusehen.



EITI - INTERNATIONALE INITIATIVE FÜR TRANSPARENZ IM ROHSTOFFSEKTOR

Mit dem deutschen Beitritt in die EITI (Extractive Industries Transparency Initiative) wurde eine "Multi-Stakeholder-Initiative" aus Regierung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gebildet. Das FUE besetzt darin einen Sitz. 2017 wurde der erste deutsche EITI-Bericht veröffentlicht. Trotz einiger Schwachstellen konnten wir darin umweltrelevante Themen setzen und Transparenzfortschritte erreichen. Hervorzuheben ist, dass sich im Bericht drei größere Kapitel befinden, die "Sonderthemen" darstellen, d.h. diese gehen über den EITI-Berichtsstandard hinaus und fanden ausschließlich auf Betreiben der Zivilgesellschaft Eingang in den Bericht. Somit sind nun die Themen Subventionen im Rohstoffsektor, erneuerbare Energien und Umgang mit den Eingriffen in die Natur durch Rohstoffabbau näher beleuchtet. Für uns stellt das Thema naturschutzrechtliche Eingriffsregelung, das sich mit den Kompensationsmaßnahmen für den Rohstoffabbau beschäftigt, den wichtigsten Erfolg dar. In dem Kapitel wurde der komplexe rechtliche Rahmen für Kompensationsmaßnahmen verständlich erläutert und dabei klargestellt, dass das Bundesnaturschutzgesetz eine Vollregelung enthält, der weder Landesgesetze noch das Bundesberggesetz widersprechen dürfen. Zudem sind die Zulassungspraxis bei der Rohstoffförderung und die Einsehbarkeit der Kompensationsleistungen sowie beispielhafte Darstellungen für den Umgang mit Kompensationsverzeichnissen und Ersatzgeldzahlungen erläutert.

Um das Thema Transparenz im Rohstoffsektor voranzutreiben und zur weiteren Aktivierung in der Zivilgesellschaft beizutragen, waren wir auch 2017 mit Beiträgen auf der Alternativen Rohstoffwoche vertreten.

HANDELSPOLITIK, KONZERNMACHT-INITIATIVE UND AG HANDEL

Auch 2017 erfreute sich unsere Veranstaltungsreihe "Zivilgesellschaftliches Außenwirtschaftsforum" großer Beliebtheit. Insgesamt fanden Außenwirtschaftsforen zu den Themen: "Open Source-Saatgut als Alternative", "Freihandel, Protektionismus – gibt's noch was Anderes?", "Die Großen fressen die Kleinen: Konzerne fusionieren – bleibt der Wettbewerb auf der Strecke?" statt. Alle diese Foren finden immer in Kooperation mit wechselnden, thematisch passenden und interessierten Kooperationspartnern statt.

Ein weiteres Highlight war der Kongress "Globalisierung in der Sackgasse - Visionen für einen Neustart" gemeinsam mit DGB, IG Metall, Brot für die Welt, Misereor und Greenpeace Anfang Mai.

Aus der AG Landwirtschaft wurden die Streitschrift zu Konzernmacht und Wettbewerbsrecht sowie die Kampagne "Konzernmacht begrenzen" initiiert. Die Kampagne koordinieren wir gemeinsam mit Inkota und Aktion Agrar. Es gab Aktionen vor dem Bundestag, in Brüssel sowie in Bonn zur 60-Jahresfeier des Bundeskartellamts. Der alternative Nobelpreisträger Pat Mooney sprach auf einer sehr gut besuchten Veranstaltung von Brot für die Welt und dem FUE zu Mega-Fusionen.

Aus der AG Handel erschienen u.a. die Publikationen "Trade for all – Handel für alle? Probleme und Reformbedarf der aktuellen EU-Handelspolitik" sowie die Studie "Die EU-Handelspolitik und der Globale Süden", die u.a. an Bundestagsabgeordnete verschickt wurden.

NETZWERK GERECHTER WELTHANDEL

Im März fand die Aktions- und Strategiekonferenz von TTIP-Unfairhandelbar in Kassel statt.

Das bisherige Bündnis zu TTIP wurde in ein neues Netzwerk überführt und heißt nun "Netzwerk

Gerechter Welthandel". Das Netzwerk wird von uns koordiniert und initiiert Aktivitäten zu geplanten

EU-Freihandelsabkommen und Advocacy-Arbeit.



DIALOGPLATTFORM WALD UND AG WÄLDER

Die Dialogplattform Wald ermöglicht einen konstruktiven Dialog zwischen allen Akteuren der nationalen und internationalen Waldpolitik. Sie setzt sich zusammen aus Akteur*innen aus Wirtschaft und Politik um gemeinsam Nutzungskonzepte zum Schutz der biologischen Vielfalt und des Klimas voranzubringen.

In drei Workshops wurden die Themen: Wälder und Holznutzung im Klimawandel, Verringerung von Emissionen aus Entwaldung und Waldschädigung und illegaler Holzeinschlag behandelt. Zusammen mit dem denkhaus Bremen wurde der Austausch innerhalb der Verbändelandschaft zu Degrowth/Suffizienz angeregt mit dem Ziel, dass die Themen an Bedeutung gewinnen.

DNR TRÄGERSCHAFT:

KAMPAGNE MEINE LANDWIRTSCHAFT / WIR HABEN ES SATT!



"So isser, der Schmidt."

– Ex-Landwirtschaftsminister Christian Schmidt zur Rechtfertigung des Glyphosat-Alleingangs, mit dem er dem Totalherbizid im November 2017 zu einer erneuten Zulassung für fünf Jahre verhalf.



PROJEKT-WEBSITES:

www.wir-haben-es-satt.de www.meine-landwirtschaft.de



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Regine Holloh

Jochen Fritz

Nicola Arnold

Katrin Listemann

Christian Rollmann

Die Landwirtschaft ist Verursacherin vieler Umwelt-, Klima- und Tierschutzprobleme, gleichzeitig ist sie auch Teil der Lösung: Schon immer haben Landwirt*innen, Schäfer*innen und viele andere dafür geackert, dass Kulturlandschaften erhalten werden, der ländliche Raum lebendig bleibt, Tiere gut gehalten werden und leckeres Essen auf unseren Tellern landet. Leider hat sich in den letzten Jahrzehnten das agrarindustrielle Modell mit seinen Tierfabriken, Ackergiften und Monokulturen immer weiter ausgebreitet. Aber seit einiger Zeit gibt es eine stärker werdende Gegenbewegung: Viele Menschen erkennen, dass Essen politisch ist und immer mehr landwirtschaftliche Betriebe machen sich auf den Weg, um im Schulterschluss mit der Gesellschaft die Agrarwende umzusetzen.

Die Kampagne Meine Landwirtschaft ist ein breiter Zusammenschluss von rund 50 Organisationen aus Landwirtschaft und Zivilgesellschaft unter Rechtsträgerschaft des DNRs. Wir setzen uns für eine Landwirtschaft ein, in der Tiere artgerecht gehalten, Umwelt und Klima geschützt werden und Bäuerinnen und Bauern von ihren Erzeugnissen gut leben können. Mit öffentlichen Aktionen bauen wir Druck auf, damit sich die Agrar- und Ernährungspolitik ändert. Neben zahlreichen kleineren Aktivitäten haben wir im Jahr 2017 durch folgende Protest-Events auf die Agrar- und Ernährungswende hingewirkt.

BAYER-HAUPTVERSAMMLUNG IN BONN

Mit Monsanto hat sich die Bayer AG mittlerweile den "unbeliebtesten Konzern der Welt" (Zitat Tageschau) einverleibt. Die Fusion mit dem Glyphosat-Hersteller bedroht die bäuerliche Landwirtschaft, da die Bayer AG durch ihre Marktführerschaft im Saatgut- und Agrochemiemarkt künftig fast im Alleingang bestimmen kann, was Bäuerinnen und Bauern pflanzen und Verbraucher*innen essen. Zudem bedroht die immer größer werdende Konzernmacht die bäuerliche Landwirtschaft – in Europa ebenso wie im globalen Süden.

Deswegen haben wir uns am 29. April an den breiten Protesten gegen Konzernmacht anlässlich der Bayer-Aktionärsversammlung in Bonn beteiligt. Gut 300 Personen, darunter neben Vertreter*innen von Umweltorganisationen auch Imker*innen sowie Bäuerinnen und Bauern, nahmen Freitagmorgens an der Kundgebung teil. Auch im Inneren des Tagungsortes kam es zu Protesten gegen die Fusionspläne des deutschen Pharma- und Chemiekonzerns. Insgesamt gab es ein vielfältiges Presseecho und wir konnten unsere Kritik an Pestiziden und Patenten gut transportieren.

WIR HABEN AGRARINDUSTRIE SATT! -DEMONSTRATION

Am 21. Januar 2017 sind wir zusammen mit 18.000 Personen im Berliner Regierungsviertel für die Agrarwende auf die Straße gegangen. Angeführt wurde der Demonstrationszug von Bäuerinnen und Bauern, die mit ihren Traktoren aus dem gesamten Bundesgebiet angereist waren. Zum Auftakt des Wahljahres haben wir den 9-Punkte-Plan für die Agrarwende veröffentlicht und diesen am Vormittag an einen Vertreter des Bundeslandwirtschaftsministeriums übergeben. Themen der Demonstration waren neben der Kritik an der Monsanto-Übernahme durch die Bayer-AG das ungebremste Höfesterben und der notwendige Umbau der Tierställe.

Am Demonstrationswochenende gab es wie in den sieben Jahren zuvor ein informatives und unterhaltsames Rahmenprogramm. Am Vorabend verkochten rund 1.000 junge Menschen bei Vorträgen und Musik Gemüseunikate, die nicht der handelsüblichen Norm entsprechen, zu einer leckeren Suppe für die Demo-Teilnehmer*innen. Nach der Demonstration wurden in der Heinrich-Böll-Stiftung beim "Supp'n Talk" 25 Kurzvorträge zu zukunftsweisenden Projekten der Landwirtschaft gehalten.

Alles in allem war die Demo ein voller Erfolg. Auch im siebten Jahr gingen trotz klirrender Kälte viele Tausende in Berlin auf die Straße, wobei sich die Zahl der teilnehmenden Bäuerinnen und Bauern und die der jungen Menschen stark erhöht hat. Das Presseecho war durchweg positiv und wir konnten unsere Themen in einer breiten Öffentlichkeit platzieren.



AKTIONSTOUR ZUR BUNDESTAGSWAHL

Kurz vor der Bundestagswahl haben wir anhand der drei agrarpolitischen Brennpunkte Konzernmacht, Landraub und Tierfabriken gezeigt, was hierzulande schiefläuft: mit einem Aktionsbus waren wir vom 6.-9. September quer durch Deutschland unterwegs. Den Start machte eine Aktion für freies Saatgut vor der Bayer-Zentrale in Leverkusen. Eine überdimensionale pflanzenfressenden "Pac-Man"-Figur verdeutlichte dort die Bedrohung der Saatgutvielfalt durch Megakonzerne.

In Thüringen veranstalteten wir neben einem Workshoptag zu zukunftsfähiger Landwirtschaft auch eine gut besuchte Abendveranstaltung zum Thema Landkonzentration in Ostdeutschland. Am Folgetag wurde die Kritik an Landraub aufs Feld getragen. Hierzu pflanzten wir auf einem eigentlich der Gemeinde Sömmerda gehörenden Landstreifen 42 Apfelbäume als Zeichen gegen die widerrechtliche Aneignung des Bodens durch die Südzucker AG. Die feierlich eingeweihte "Allee gegen Landraub" wurde anschließend der Gemeinde übergeben.

Zum Abschluss der Aktionstour fand die "Wir haben Tierfabriken satt!"-Demonstration zum Wiesenhof-Schlachthof in Königs Wusterhausen statt. Mehr als 1.000 Personen gingen bei Regenwetter gegen die geplante Schlachthoferweiterung auf 240.000 Hühner am Tag auf die Straße . Vor dem Schlachthof fand im Anschluss ein Fest für die Agrarwende statt. Eine eigenmächtige und illegale Erhöhung der Schlachtzahlen wurde dem Konzern mittlerweile durch die Landesregierung untersagt.



FOKUS:

VERWALTUNG & ZAHLEN



"Verwaltung heißt Verwalten – Strukturieren – Gestalten. Verwaltung ist das Fundament des Gestaltens und des Erfolgs."

- Helga Inden-Heinrich



TEAM IN DER GESCHÄFTSSTELLE:

Helga Inden-Heinrich, Geschäftsführerin

Anke Draheim, Sekretärin

Aroti Briand, Buchhalterin

Anna Geuchen, Referentin des Präsidiums

Maria Bossmann, Assistenz Geschäftsleitung

Julia Knollmann, Student. Aushilfe

Sabine Spilles, Aushilfe

Janine Jachtner, Aushilfe

Finn Gröschel, FÖJler

2017 wurde im DNR ein neues Kapitel aufgeschlagen – mit vielen Neuheiten, Herausforderungen und Fortschritten. Erstmals seit mehr als 35 Jahren konnte der Haushalt des DNR durch eine Erhöhung der institutionellen Förderung aufgestockt werden. Damit konnten wir endlich notwendige Arbeitsstrukturen gestalten und eine angemessene bürotechnische Ausstattung der DNR-Geschäftsstelle realisieren.

Die neuen Arbeitsstrukturen orientierten sich an den wichtigen Eckpfeilern der anstehenden natur-, tier- und umweltschutzpolitischen Herausforderungen und Serviceleistungen sowie der Verbesserung von inneren Strukturmaßnahmen. Es wurden Koordinatorinnen und Koordinatoren sowie Referentinnen und Referenten für unsere inhaltlichen Schwerpunktthemen sowie für Öffentlichkeits- und Pressearbeit benannt und wir konnten entsprechend Personal einstellen. Auch in der Verwaltung wurde die sehr angespannte Personalsituation entschärft, indem die Buchhalterstelle um eine weitere 50%-Stelle aufgestockt werden konnte, eine Referentin für Personal und Organisation sowie für das Präsidium/Präsident eine Assistenz eingestellt werden konnte. Die vorgesehenen Bewerbungsverfahren und Personaleinstellungen konnten wir allerdings erst Anfang des Jahres 2018 komplett abschließen.

Die bisher bescheidenen Maßnahmen für Weiterbildungen für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, den Betriebsrat, für das DNR-Weiterbildungsformat "Zukunftspiloten" wurden ausgestockt. Die Serviceleistungen für die Mitgliedsverbände konnten verbessert und neue angegangen werden, die seitdem auf viel positive Resonanz stoßen.

Mehr Personal erfordert mehr Arbeitsplätze und mehr Büroräume. Wir haben die DNR-Geschäftsstelle komplett renoviert, sodass nach vielen Jahren endlich ein Büro mit adäquater Ausstattung, Mobiliar und Technik entstanden ist.

Seit 1980 wird der DNR durch das Bundesumweltministerium institutionell gefördert. Die institutionelle Förderung für den DNR belief sich im Jahr 2017 auf 1.488.200 €, auf der Basis einer Fehlbedarfsfinanzierung mit zehn Vollzeit- und sechs Teilzeitstellen. 2004 wurde die Projektstelle des Forum Umwelt & Entwicklung in den institutionellen Haushalt des DNR integriert, für 2017 mit einer Fördersumme von 343.000 € mit vier Vollzeitstellen und einer Teilzeitkraft. Damit ergab sich für 2017 eine institutionelle Förderung von insgesamt 1.831.200 €.

Der Gesamthaushalt des DNR und FUE hatten eine Größenordnung von insgesamt 2.127.700 €.

Projekte wurden 2017 über die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) und die European Climate Foundation (ECF) beantragt. Die Projektförderung aus der Verbändeförderung des Bundes wurde bis zum Auslaufen der bereits bewilligten Projekte fortgeführt, aber es wurden keine neuen Projekte aus der Verbändeförderung mehr beantragt.

FINANZIERUNG DER DNR-PROJEKTE

Zuwendungsgeber	Projekt	Einnahmen in €	Ausgaben in €
BfN	Naturschutzoffensive	7.940,00	37.373,47
UBA	Lust auf Zukunft	27.000,00	38.372,65
UBA	Fit – Fitter – REFIT?	42.900,00	51.562,29
UBA	EU quo vadis?	85.200,00	79.037,03
UBA	Rohstoffpolitik 2.0	67.950,00	66.844,12
Zwischensumme		230.990,00	273.189,56
Zuwendungsgeber	Zuwendung Dritter	Einnahmen in €	Ausgaben in €
BBN e.V.	Junges Forum DNT 2016	-5.648,76	224,55
BBN e.V.	Junges Forum DNT 2018	6.000,00	3.219,11
ECF	EU-Energie- und Klimapolitik	4.140,00	13.411,57
Reformationsjubiläum 2017 e.V.	Reformation – Transformation!	15.000,00	6.777,35
DBU	Regionalentwicklung Oder	20.000,00	40.728,74
Zwischensumme		39.491,24	64.361,32
Gesamtsumme		270.481,24	337.550,88

EINNAHMEN

Institutioneller Haushalt	Einnahmen in €	
Veröffentlichungen	18.200,00	
Vermischte Einnahmen	26.508,90	
Zweckfreie Spenden	141,13	
Zweckgebundene Spenden	1.970,00	
Übertrag aus Einnahmen zweckgebundener Spenden	-9.000,00	
Förderung des BMUB	1.187.000,00	

AUSGABEN

Institutioneller Haushalt	Ausgaben in €	
Ehrenamt	3.067,92	
Personal	622.304,93	
Verwaltungs- und Geschäftsbedarf	202.298,11	
Mieten und Pachten	85.552,24	
Aus- und Weiterbildung	6.578,80	
Reisekosten	22.873,72	

EINNAHMEN

Institutioneller Haushalt	Einnahmen in €	
Erstattungen aus	58.280,20	
Verwaltungsausgaben		
Mitgliedsbeiträge	158.060,00	
Geldbußen	0,00	
Summe	1.450.160,23	
Projekte	Einnahmen in €	
Zuwendung des Bundes	230.990,00	
Zuwendung Dritter	39.491,24	
Summe	270.481,24	
Forum Umwelt & Entwicklung	Einnahmen in €	
Veröffentlichungen	102,00	
Zuwendungen des BMUB	343.000,00	
Mitgliedsbeiträge	41.184,35	
witgheadbeitrage		
Zuwendung des Bundes	126.951,92	
	126.951,92	
Zuwendung des Bundes	126.951,92 669.279,76	

AUSGABEN

Institutioneller Haushalt	Ausgaben in €
Aufträge an Dritte	156.942,44
Veranstaltungen	41.823,89
Beiträge Vereine, Gesellschaften	800,00
Beiträge internationale Organisationen	5.565,65
Vermischte Verwaltungsaufgaben	14.074,27
Außergewöhnlicher Aufwand	71.513,63
Veröffentlichungen	216.758,25
Summe	1.450.153,85
Projekte	Ausgaben in €
Projekte des Bundes	273.189,56
Projekte Dritter	64.361,32
Summe	337.550,88
Forum Umwelt & Entwicklung	Ausgaben in €
Forum Umwelt & Entwicklung Personal	
Personal	
Personal Verwaltungs- und	273.278,50
Personal Verwaltungs- und Geschäftsbedarf	273.278,50 19.935,34
Personal Verwaltungs- und Geschäftsbedarf Mieten und Pachten	273.278,50 19.935,34 12.157,23
Personal Verwaltungs- und Geschäftsbedarf Mieten und Pachten Reisekosten	273.278,50 19.935,34 12.157,23 17.486,16
Personal Verwaltungs- und Geschäftsbedarf Mieten und Pachten Reisekosten Veranstaltungen	273.278,50 19.935,34 12.157,23 17.486,16 27.023,88
Personal Verwaltungs- und Geschäftsbedarf Mieten und Pachten Reisekosten Veranstaltungen Veröffentlichungen	273.278,50 19.935,34 12.157,23 17.486,16 27.023,88 32.715,46
Personal Verwaltungs- und Geschäftsbedarf Mieten und Pachten Reisekosten Veranstaltungen Veröffentlichungen Vermischte Verwaltungsaufgaben	12.157,23 17.486,16 27.023,88 32.715,46 1.689,78

ORGANIGRAMM DEUTSCHER NATURSCHUTZRING

Mitgliederversammlung **Präsidium Vorstand** Beisitzer Prof. Dr. Kai Niebert Dr. Elke Baranek Präsident Forum Umwelt und **Elisabeth Emmert Entwicklung Leif Miller Gerlinde Hoffmann** Vizepräsident Leitungskreis Prof. Dr. Hermann Ott **Undine Kurth** 4 Umweltvertreter*innen **Ludwig Sothmann** Vizepräsidentin 5 Entwicklungsvertreter* **Ludwig Wucherpfennig** Sebastian Schönauer innen Schatzmeister **Jan Sachse Sebastian Schönauer** Vertreter der Jugendverbände Vertreter des DNR **Projektstelle** Geschäftsstelle Jürgen Maier Projektstellenleiter Geschäftsleitung Florian Schöne Helga Inden-Heinrich Generalsekretär Geschäftsführerin Kampagne Meine Landwirtschaft Referentin Assistentin der Bürosach-Mitarbeiterin **Buchhaltung Jochen Fritz** Präsidium Geschäftsbearbeiterin **Organisation** Projektstellenleiter leitung und Personal Aroti Briand n.n. Anna Geuchen Maria Bossmann Anke Draheim Anja Nowak Natur- und **EU Politik** Gesellschaftspolitik Presse & Kommunikation Tierschutz, Landwirtschaft Bjela Vossen **Tobias Pforte-von** Nina Slattery n.n. Randow Lavinia Roveran Marion Busch Antje Mensen Juliane Grüning **Daniel Hiss** Ann Wehmeyer Theresa Klostermeyer Elena Hofmann

Chris Hermani

VORSTELLUNG: NEUE MITGLIEDER 2017

BUNDESVERBAND BODEN E.V.

Da der Boden die Grundlage allen Lebens auf der Erde ist, müssen Nutzung und Nachhaltigkeit wie auch Ökonomie und Ökologie Hand in Hand gehen.

Der Bundesverband Boden e.V. ist ein gemeinnütziger Verein, der sich – nicht zuletzt aus diesem Grund – mit Fragen der Bodenkunde und des Bodenschutzes beschäftigt. Er gehört zu den nach Umweltrechtsbehelfsgesetz vom Bund anerkannten Umweltverbänden und bietet eine Plattform zum Meinungsaustausch für Kolleginnen und Kollegen aus den verschiedenen Böden betreffenden Bereichen, wie z. B. Landwirtschaft, Landschaftsbau, Rekultivierung, Bodenschätzung, Normung und Altlasten. Der Bundesverband Boden e.V. und seine Mitglieder setzen sich für die Umsetzung des Bodenschutzes ein und arbeiten aktiv daran, dass die fachlichen Grundlagen im Bodenschutz verbessert und das Bodenbewusstsein gestärkt werden.



KONTAKT:

TELEFON:

Bundesverband Boden e.V.

05472 / 966239

Unter den Gärten 2

E-MAIL:

49512 Bad Essen bvboden@bvboden.de

ONLINE:

www.bvboden.de

DEUTSCHE UMWELTHILFE

Seit ihrer Gründung 1975 setzt sich die Deutsche Umwelthilfe für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

Sie ist eine nicht staatliche Umwelt- und Verbraucherschutzorganisation und gleichzeitig ein klageberechtigter Verbraucherschutzverband. Sie ist politisch unabhängig, gemeinnützig anerkannt und engagiert sich vor allem auf nationaler und europäischer Ebene. Die DUH setzt sich für nachhaltige Lebensweisen und Wirtschaftsformen ein, die ökologische Belastungsgrenzen respektieren. Gleichzeitig kämpft sie für die Erhaltung der biologischen Vielfalt und den Schutz der Naturgüter sowie für den Klimaschutz. Derzeit arbeiten in der DUH ca. 100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für den Natur- und Umweltschutz. In Radolfzell und Berlin befinden sich die beiden größten Geschäftsstellen; in Hannover arbeitet ein Team zu vorwiegend regionalen Themen. Die Projektbüros in Erfurt und Köthen widmen sich speziellen Vorhaben vor Ort wie dem Fischotterschutz und einem grenzüberschreitenden Umweltbildungsprojekt.



KONTAKT:

TELEFON:

Hackescher Markt 4

030 / 2400867-0

10178 Berlin

E-MAIL:

info@duh.de

ONLINE:

www.duh.de

NATURGARTEN E.V.

Verein für naturnahe Garten- und Landschaftsgestaltung

Der Naturgarten e.V. ist ein bundesweit tätiger gemeinnütziger Verein mit knapp 2.000 Mitgliedern, der sich für die Förderung von Naturschutz im besiedelten Raum, insbesondere die Gestaltung von naturnahen Gärten und Grünflächen einsetzt. Eine solche Gestaltung beruht auf drei Hauptsäulen, der Verwendung einheimischer Wildpflanzen, einer Pflege, die natürliche Entwicklungen mit einbezieht und einer Gestaltung, die neben der Schönheit und Funktion der Flächen, z. B. als Weg oder Mauer, immer auch die Lebensraumfunktion optimiert.

So werden vielfältige NaturErlebnisRäume geschaffen, die Menschen aller Altersgruppen eine originäre Begegnung mit unseren wilden Pflanzen und Tieren ermöglicht und so auch für den Schutz unserer Natur außerhalb der Siedlungsräume sensibilisiert.

In Zeiten des Klimawandels haben naturnahe Flächen besondere Vorteile: Aufgrund der versickerungsoffenen Bauweisen beugen sie Hochwasser vor und kühlen die unmittelbare Umgebung durch die Verdunstungskälte der Pflanzen. Es gibt zudem viele einheimische Wildpflanzen, die an heiße und trockene Standorte angepasst sind. Solche Flächen sind außerdem besonders pflegeleicht und deshalb für öffentliches Grün und Gemeinschaftsprojekte geeignet.

 \bigcirc

KONTAKT:

Weißdornweg 78 53177 Bonn TELEFON:

0228 / 326363

E-MAIL:

geschaeftsstelle@naturgarten.org

ONLINE:

www.naturgarten.org



VERKEHRSCLUB DEUTSCHLAND E.V. (VCD)

Der VCD ist ein gemeinnütziger Umweltverband, der sich für eine sichere und gesunde Mobilität für Menschen einsetzt. Er wurde 1986 gegründet und arbeitet vor Ort mit zwölf Landesverbänden und rund 140 Kreisverbänden und Ortsgruppen, bundesweit und europaweit vernetzt. Er wird unterstützt von rund 55.000 Mitgliedern, die seine Arbeit möglich machen.

Die Ziele des VCD für eine zukunftsfähige Mobilität sind:

- → Kein Mensch verliert im Straßenverkehr sein Leben
- → Lebenswerte Städte und Dörfer
- → Mehr Platz und Sicherheit für Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen
- → Saubere Luft und weniger Lärm
- → Ein komfortabler, sicherer und bezahlbarer öffentlicher Verkehr
- Der VCD setzt sich aktivistisch für saubere Luft und für die Verkehrswende ein. Er organisiert Aktionen und Demonstrationen oder startet Online-Appelle gegen illegale Machenschaften der Autoindustrie, gegen Verkehrsunfälle und gegen Lärm.

Außerdem begleitet er als kompetenter Ansprechpartner verkehrspolitische Entscheidungsprozesse, nimmt Einfluss auf Wirtschaftsakteure und bringt innovative Themen und Projekte auf die Agenda.

Stadtplanungen haben sich jahrelang auf autogerechte Städte konzentriert, weshalb der Autoverkehr heute den größten Teil des öffentlichen Raumes beansprucht. Der VCD macht sich für die Rückeroberung der Straße stark. Dazu braucht es eine Bewegung von unten und eine bundesweite Vernetzung – dies wird möglich gemacht im Projekt Straßen für Menschen. In weiteren Projekten wird an intelligenten Mobilitätskonzepten für Wohnquartiere gearbeitet (Wohnen leitet Mobilität), Kinder werden zum Radfahren und zum Laufen angeregt (Zu Fuß zur Schule und zum Kindergarten, FahrRad) und Mobilitätsprojekte im ländlichen Raum von jungen Menschen werden gefördert (DIY. Dein Mobilitätsprojekt).

Ohne den VCD sähe die Wirklichkeit auf deutschen Straßen anders aus. So gäbe es ohne den VCD weder die Bahncard 50 noch das "Dienstwagenprivileg" für Fahrräder, und Diesel-Pkws wären nicht serienmäßig mit Partikelfiltern ausgestattet.

 \bigcirc

KONTAKT:

TELEFON:

Wallstraße 58 10179 Berlin 030 /2803 51-0

E-MAIL:

mail@vcd.org

ONLINE:

www.vcd.org

WWF DEUTSCHLAND

Der World Wide Fund For Nature (WWF) ist eine der größten und erfahrensten Naturschutzorganisationen der Welt und in mehr als 100 Ländern aktiv. Weltweit unterstützen ihn rund fünf Millionen Förderer. Das globale Netzwerk des WWF unterhält 90 Büros in mehr als 40 Ländern. Rund um den Globus führen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aktuell 1.300 Projekte zur Bewahrung der biologischen Vielfalt durch.

Der WWF ist in Deutschland die größte und einflussreichste Umweltorganisation. Unsere nationalen und internationalen Projekte tragen dazu bei, unsere Ziele für Umwelt-, Natur- und Klimaschutz zu erreichen und beweisen, dass Bewahrung und verantwortungsvolle Nutzung der natürlichen Lebensgrundlagen mit nachhaltiger, wirtschaftlicher Entwicklung vereinbar sind.

Der WWF leistet national und international in sieben ausgewählten ökologischen Schlüsselregionen (Amazonas, Kongobecken, Borneo/Sumatra, Greater Mekong Region, im Kaukasus, in der Region Amur/Heilong und südliches/östliches Afrika) einen wirkungsvollen Beitrag zur Bewahrung der biologischen Vielfalt, Einzigartigkeit und Schönheit der Natur. In Deutschland setzen wir uns besonders für den Schutz von Nord und Ostsee, Küsten, Flusssystemen, Feuchtgebieten und Wäldern ein und wollen erreichen, dass bedrohte Arten wie Wolf, Luchs, Bär, Fischotter, Adler und Stör ihre Lebensräume ungestört besiedeln können und als Bewohner und Indikatoren einer intakten Natur geachtet werden. Um die Natur zu erhalten, arbeitet der WWF Deutschland zudem für eine nachhaltige Landwirtschaft und nachhaltige Lebensstile.

Der WWF begeistert immer mehr Menschen für die Natur und einen umweltfreundlichen Lebensstil, weil er sie unmittelbar anspricht und mit guten Beispielen vorangeht. Kinder und Jugendliche lernen Natur- und Umweltschutz in der Schule und begeistern sich für die Ziele und Aktivitäten des WWF.



KONTAKT:

Reinhardtstr. 18 10117 Berlin TELEFON:

030 / 311777-700

E-MAIL:

info@wwf.de

ONLINE:

www.wwf.de

IMPRESSUM

DEUTSCHER NATURSCHUTZRING - JAHRESBERICHT 2017



HERAUSGEBER

Deutscher Naturschutzring (DNR)

Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen e.V.

ADRESSE

Marienstraße 19-20

10117 Berlin

TELEFON

+49 (0)30 / 678 1775-70

E-MAIL

info@dnr.de

ONLINE

www.dnr.de

REDAKTION UND BEARBEITUNG

Helga Inden-Heinrich

Florian Schöne

Maria Bossmann

Nina Slattery

Kai Niebert

Aroti Briand

Ramona Bruck

Anna Geuchen

Juliane Grüning

Konstantin Hartwig

Chris Hermani

Ricarda Kandert

Theresa Klostermeyer

Christian Rollmann

Lavinia Roveran

Bjela Vossen

GESTALTUNG

Karo3

DRUCK

print-pool.com

UMWELTFREUNDLICH GEDRUCKT:

Klimaneutral produziert mit Biodruck-

farben und FSC-Mix Papier

FÖRDERHINWEIS

Der Deutsche Naturschutzring wird gefördert vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit und vom Umweltbundesamt. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autor*innen.





DNR-MITGLIEDER 2017



















































































































































































Stand: Dezember 2017

